

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

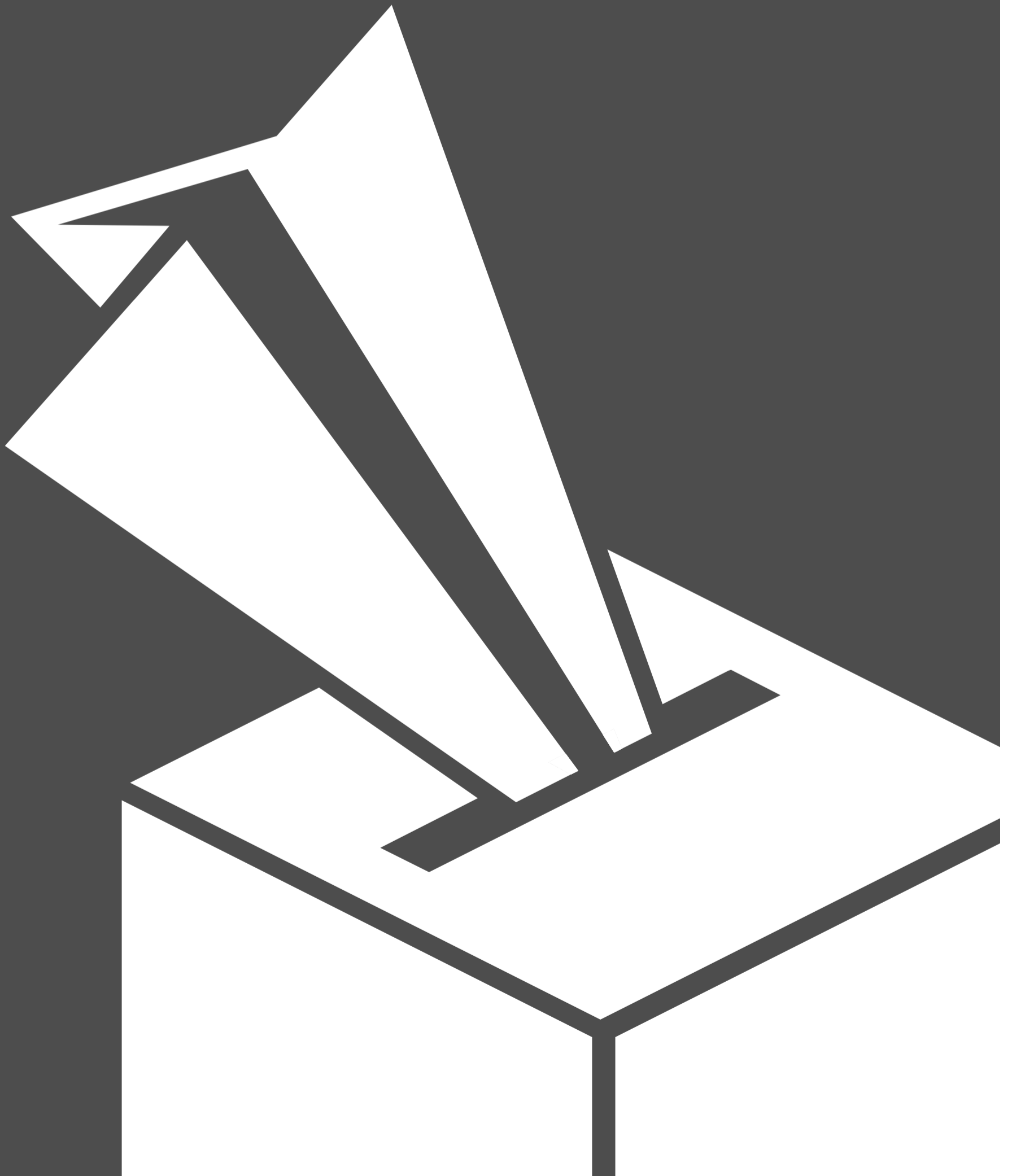
Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig November 2013 Nr. 156

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die GSoA hält ihre Versprechen. Wir haben es immer gesagt: Das Volk wird das letzte Wort haben zum Kauf neuer Kampfjets.

2006 beschloss der Bundesrat, neue Kampfjets zu evaluieren. Eine Referendumsmöglichkeit besteht bei Rüstungsgeschäften nicht – auch nicht, wenn es um über neun Milliarden Franken Steuergelder geht. Deshalb lancierte die GSoA eine Volksinitiative, um die neuen Kampfjets trotzdem vors Volk zu bringen. Wir hielten unser Versprechen und sammelten die nötigen 100'000 Unterschriften praktisch im Alleingang.

Im Herbst 2010 zog die GSoA ihre Initiative zurück. Durch das jahrelange Gezerre um die neuen Kampfjets war die Initiative (Kaufmoratorium bis 2019) nämlich schon zu einem grossen Teil erfüllt. Gleichzeitig hätte ein Abstimmungskampf ohne konkretes Beschaffungsprojekt ausgefochten werden müssen – ein demokratiepolitischer Unsinn. Während manche mit Unverständnis auf den Rückzug reagierten, versprach die GSoA immer: Das Volk wird das letzte Wort haben zum Kauf neuer Kampfjets.

Nun ist es soweit: Das Referendum gegen den Gripen-Kauf läuft. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass es zustande kommt. Weshalb? Weil die GSoA dahinter steht. Freund und Feind wissen, dass wir unsere Versprechen halten und die nötigen Unterschriften zusammenbringen werden. Die GSoA wird dafür sorgen, dass zum ersten Mal in der Schweizer Geschichte eine Referendumsabstimmung zu einem Rüstungsgeschäft stattfindet. Wir können mit Fug und Recht behaupten: Bei allen Wirrungen und Wendungen bei der Kampfjetbeschaffung ist die GSoA der einzige Player, der eine konsequente Linie gefahren ist – und damit Recht behält.

Aber Vorsicht: Keine einzige Unterschrift sammelt sich von selber. Jede Initiative und jedes Referendum ist ein gewaltiger Kraftakt. Nicht umsonst sind selbst etablierte Parteien wie die FDP oder finanzstarke Organisationen wie die AUNS schon an den Unterschriftenquoten gescheitert. Es braucht das Engagement von uns allen, damit wir die 50'000 Unterschriften gegen den Gripen zusammenbringen und unser Versprechen erneut einhalten können.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

GLOSSE

Nomen est omen

(bm) Im Nachgang zur Wehrpflicht-Abstimmung spekulierten einige Medien über eine Namensänderung oder gar eine Auflösung der GSoA. Dies ist ein normaler Prozess, wie zum Beispiel die Sportwelt zeigt: Nach einer langen Serie von Niederlagen löste Köbi Kuhn 2001 die National-Elf auf und besetzte sie mit neuen Namen. Auch das ständig sieglose Schweizer Männer-Ski-Kader schmiss letztes Jahr den Bettel hin und hörte auf. Christian Constantin überlegt sich die Auflösung des Trainerteams des FC Sion nach jedem Nicht-Sieg. Und als Simon Ammann seinen Olympia-Doppel-Gold-Erfolg von 2002 nicht wiederholen konnte, forderten viele eine Namensänderung zu Simon B-mann. Im Toggenburg blühte damals kurz die «Gruppe für einen Simon ohne Ammann (GSoA)» auf. Ausnahmsweise durfte Federer seinen Namen behalten, auch wenn in diesem Sommer nicht alles «Roger» war.

In der Politik läuft dies meist ein bisschen anders: Christoph Blocher durfte trotz Wahlniederlage seinen Namen behalten. Und auch wenn eine Handvoll erzürnter Walliser (wieder Constantin) nach Annahme der Zweitwohnungsinitiative die Ablösung des Kantons Wallis vom Bund verlangte, bleibt die Eidgenossenschaft bestehen. Und dennoch: nach der Wehrpflicht-Abstimmung forderten laute Stimmen, dass die GSoA ihren Namen ändern oder sich gar auflösen müsse. 20 Minuten machte eine Umfrage und die Leserschaft machte leidlich kreative Vorschläge für neue Namen. Wie man in Schweden so schön sagt: «Geliebte Kinder haben viele Namen!»

Angesichts der Reaktionen könnte man meinen, wir hätten die deutlichste Niederlage in der Geschichte der Schweizer Demokratie erlitten. Aber wirft man einen Blick auf die Initiativen der letzten fünf Jahre, finden sich deren drei, die mit noch tieferen Ja-Anteilen abgelehnt wurden. Und alle drei stammen - aus dem SVP-Milieu! Bei den Initiativen ging es um Volkssouveränität (Juni 2008), Volksrechte (Juni 2012) und Volkswahl (Juni 2013). Interessanterweise forderte noch niemand dass die SVP das «Volk» aus ihrem Namen streicht, und sogar der «Juni» durfte seinen Namen behalten. So behält auch die GSoA ihren Namen, denn dieser ist Programm. Bei einem Namenswechsel würde sich sowieso nicht viel ändern, denn wie sagt ein deutsches Sprichwort: «Die Herrscher wechseln nie, es wechseln nur die Namen.»



Eine der vielen GSoA-Aktionen im Abstimmungskampf

RÜCKBLICK

Gründe einer Niederlage

Am Resultat gibt es nichts zu Rütteln. Wir haben sehr deutlich verloren. Von Jo Lang

Die beiden Hauptgründe stehen völlig quer zu einander: Für die meisten Bürgerlichen hat die Wehrpflicht immer noch eine derart grosse Bedeutung, dass sie mit der Armee gleichgesetzt wird. Die meisten Linken sind durch die Wehrpflicht derart schwach betroffen, dass deren Abschaffung keine besondere Relevanz hat. Die Gleichgültigkeit eines Grossteils der Linken ist eine Folge der Tatsache, dass Söhne aus städtischen und gut gebildeten Familien, die mehrheitlich progressiv denken, bereits heute die freie Wahl haben zwischen Militär- oder Zivildienst und blauem Weg. Für viele von ihnen war unsere Initiative bereits erfüllt. Wenn LinkspolitikerInnen aus Basel, Bern, Zürich, Genf oder dem Jura unsere Initiative öffentlich bekämpften, fiel ihnen das gerade deshalb leicht, weil sie kaum jemanden kennen, der noch weiss, wie der Dienstbetrieb im feldgrauen Alltag aussieht.

Freie Wahl für urbane Linke

Die Tatsache, dass nur noch wenige urbane Linke Militärdienst leisten, erklärt auch, dass die völlig abgehobene Frage, ob eine Freiwilligenmiliz eher einen Militärputsch zulassen könnte als eine Wehrpflicht-Armee, ein derartiges Gewicht gewann. Abgesehen davon, dass ein solches Szenario ebenso absurd ist wie das eines feindlichen Angriffs, wurden fast alle Militärputschs von Wehrpflichtarmeen durchgeführt. Auch die Schweizer Wehrpflichtarmee wurde verschiedentlich im Innern eingesetzt. Die Passivität der Linken hatte zur Folge, dass unsere Initiative im Abstimmungskampf keine gesellschaftliche Präsenz gewinnen konnte. Für alle sichtbar war die GSoA ziemlich allein. Dies wog umso schwerer, als die Rechte ihre soziale Verankerung über Offiziersgesellschaften und Schützenvereine ausspielen konnte. Ohne soziale Präsenz ist es schwierig, die eigenen Themen zu setzen und Unschlüssige zu überzeugen.

Bürgerlicher Sonderfall

Was die bürgerlichen zwei Drittel unserer Gesellschaft betrifft, war ich selber überrascht,

wie identitätsstiftend die Wehrpflicht immer noch wirkt, obwohl sie praktisch überall in Europa abgeschafft wurde. Wer meint, der Hauptgrund liege im Absender der Initiative, wiederholt den gleichen Einschätzungsfehler, den wir gemacht haben. Hätte die SP, die als erste die Aufhebung der Wehrpflicht forderte, oder die Grünen oder die Jungfreisinnigen die Initiative gemacht, wäre es nicht viel anders heraus gekommen. Bezüglich Wehrpflicht für Männer bleibt die Schweiz ein Sonderfall. Dabei wird das Identitäre durch das Pragmatische bestärkt. Gerade der Umstand, dass nur noch die Hälfte der Stellungspflichtigen die RS und nur noch ein Viertel alle Dienste fertig machen, spricht nicht ideell, aber praktisch für die Beibehaltung einer stark relativierten Pflicht. Die offensichtliche Wehr-Ungerechtigkeit hat die Rechten zwar argumentativ ins Schleudern gebracht, ihnen aber nicht geschadet, weil sie die Linken nicht interessierte.

Rettung des Zivildienstes

Neben der grossen Niederlage haben wir in einigen Aspekten auch Erfolge gehabt. Der wichtigste ist die Rettung des Zivildienstes. Die gleichen Rechten, die eine Verlängerung des Tatbeweises auf den Faktor 1.8 oder sogar 2 gefordert hatten, mutierten im Abstimmungskampf zu Zivildienst-Fans. Dies erlaubt uns, eine echte Gleichstellung mit dem Militärdienst sowie die Öffnung des Zivildienstes für Frauen und Niedergelassene zu verlangen. Auf keinen Fall hat die Niederlage der GSoA zur Stabilisierung der Armee beigetragen. Deren starke ideologische Abstützung im bürgerlichen Lager nützt ihr wenig auf dem Boden der Wirklichkeit. Wie diese aussieht, zeigt das «totale Versagen der Armeeführung» (Titel der NZZ am Sonntag) bei der Übung Stabulo Due. Oder das leichte Zustandekommen des Referendums gegen die Beschaffung neuer Kampfjets. Die Schweizer Armee steckt weiterhin in einer tiefen Krise. Und diese hat zu tun mit der traditionalistischen Falle, in der sie steckt. So ist es nicht möglich, für einen derart grossen Mannschaftsbestand genügend geeignete Kader zu finden. Aber die Wehrpflicht führt zu überhöhten Beständen. Argumentativ hatten wir sehr wohl recht im Abstimmungskampf.

STOPP GRIPEN

Die Unterschriftensammlung läuft!

Seit dem 8. Oktober läuft das Referendum gegen das «Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen», kurz Gripen-Fondsgesetz. Wir haben nun bis am 16. Januar 2014 Zeit, um die benötigten 50'000 gültigen Unterschriften zu sammeln.

Von Stefan Dietiker

Seit dem ersten Tag sammeln die GSoA-Regionalgruppen wie wild auf der Strasse. So verkündete am 8. Oktober die Regionalgruppe Zürich, dass sie innerhalb von drei Stunden über 600 Unterschriften gesammelt hat. In der

ganzen Schweiz waren es am ersten Sammeltag über 1800 Unterschriften.

Diesem wahnsinnigen Effort der vielen SammlerInnen ist es zu verdanken, dass wir nach nur einem Monat bereits mehrere zehntausend Unterschriften zusammen haben. Die Unterschriftensammlung ist für die GSoA ein voller Erfolg.

Unterschriftensammeln ist harte Arbeit

Am ersten Sammeltag sammelte ich mit Eva von der Regionalgruppe St.Gallen am Bärenplatz in der Stadt St.Gallen. Wir waren überrascht, wie positiv die PassantInnen auf uns

reagierten. Die Leute kamen ungefragt auf uns zu, um zu unterschreiben. Grosse Erklärungen braucht es anscheinend beim Thema Kampfjets nicht. Trotzdem ist und bleibt das Unterschriftensammeln harte Knochenarbeit, selbst wenn man mit dem Anliegen auf so viel Wohlwollen bei den Leuten stösst, wie wir mit unserem Referendum.

Wir wussten an diesem kalten Tag die heisse Schokolade im warmen «Kaffi Gschwend» umso mehr zu schätzen. Eva und ich freuen uns darauf, nach der Sammelphase wieder auf der Strasse zu stehen und Flyer und Buttons zu verteilen.



Das Referendum ist gut gestartet: Sammelaktion in Zürich

KAMPFJET-MILLIARDEN

Die Kosten werden aus dem Ruder laufen

Kampfjets kosten nicht nur bei ihrer Beschaffung, sondern während ihrer ganzen Lebensspanne von mindestens 35 Jahren. Nachrüstungen, zusätzliche Waffensysteme und Unterhalt kosten nochmals etwa doppelt so viel wie der Kaufpreis. Ist ein Kampfjet noch nicht einmal fertig entwickelt, wie der Gripen E, sind die Kosten sogar noch deutlich höher. Von Adi Feller

Glaubt man Ueli Maurer, geht es beim Referendum um die Kampfjet-Milliarden «nur» um etwas mehr als drei Milliarden Franken. Dies sind jedoch bloss die reinen Beschaffungskosten. Dazu kommen die Kosten für die laufend verlangten Modernisierungen, die Beschaffung von zusätzlicher Munition, Lenkwaffen und Bomben sowie den Unterhalt. In Tat und Wahrheit ist es also ein Entscheid über die Ausgabe von fast zehn Milliarden Franken, wie bereits bei der Beschaffung des F/A-18 (vgl. Tabelle). Zusätzlich ist anzumerken, dass nach der Beschaffung der Hornet als Ausgleich für die hohen Ausgaben im folgenden Jahr auf ein Rüstungsprogramm verzichtet wurde. Obwohl dies Bundesrat und Parlament anfänglich auch für die Beschaffung des Gripen E versprochen, bewilligte das Parlament nun für 2013 ein Rüstungsprogramm über 740 Millionen Franken.

Neuentwicklung kostet

Einerseits behaupten die Gripen-Verkäufer, dass sie uns ein völlig neues Flugzeug verkaufen wollen. Andererseits soll es bei dieser

Neuentwicklung kein Risiko für zusätzliche Kosten geben. Betrachtet man jedoch Neuentwicklungen von Kampfjets weltweit, werden die ursprünglichen Kostenversprechen für Entwicklungskosten sowie Kosten pro Flugzeug beinahe nie eingehalten.

Das amerikanische Vorzeigeprojekt für einen international vermarkteten Kampfjet, die Lockheed-Martin F-35, sollte ursprünglich pro Stück 80 Millionen Dollar kosten. Wegen Entwicklungsproblemen und stark reduzierter Anzahl an bestellten Flugzeugen sind die Kosten unterdessen auf 120 Millionen Dollar pro Flugzeug angestiegen. In einem solchen Bereich liegen die finanziellen Risiken bei einer kompletten Neuentwicklung, doch auch teilweise Neuentwicklungen weisen hohe Entwicklungskosten auf. Ähnlich wie die Schweden mit dem Gripen E gaben die USA eine Neuentwicklung des F/A-18 Hornet in Auftrag. Benannt als F/A-18 E/F «Super Hornet» verlangten sie vom Hersteller eine komplette Neuentwicklung wie beim Gripen E. Diese Weiterentwicklung kostete die USA total 48 Milliarden Dollar (davon 40.2 Milliarden für 500 Flugzeuge sowie deren Bewaffnung). Die reinen Entwicklungskosten betragen also mindestens 8 Milliarden Dollar.

Grundlegende Fragezeichen

Die Schweiz musste vertraglich zusichern, einen Vorschuss von über einer Milliarde Franken zu bezahlen, sollte das Volk dem Kauf zustimmen. Das ist mit 40 Prozent des Kaufpreises viel mehr als die international üblichen 15 bis

20 Prozent. Zum Vergleich: Beim F/A-18 Kauf war eine Anzahlung von 200 Millionen fällig, also weniger als 5 Prozent. Das war einer der Gründe, wieso die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sich ursprünglich gegen den Kauf des Gripen E aussprach. Dank massivem Lobbying ist die Kommission jedoch eingebrochen und hat dem Kauf doch noch zugestimmt.

Der Kauf von 34 F/A-18 kostete 3.5 Milliarden Franken (ohne Teuerung), demgegenüber sollen 22 Gripen 3.126 Milliarden Franken kosten. Gemäss den Evaluationsberichten der armasuisse hat der Gripen schlechtere Leistungen vorzuweisen als die F/A-18, welche die Schweiz bereits besitzt. Warum die Schweiz für ein schlechteres Flugzeug einen höheren Stückpreis zahlen soll, muss Ueli Maurer erst mal noch erklären.

Vergleich Gesamtkosten 34 F/A-18 vs. 22 Gripen

	F/A-18	Gripen
Beschaffung	3'495	3'126
Total Nachrüstungen bis 2013	1'562	-
Hochrechnung: Nachrüstungen bis Ende Lebensdauer	1'200	3'000
Instandhaltungs- und Betriebskosten pro Jahr	115	102
Kosten während der gesamten Lebensdauer der Flugzeuge (je 35 Jahre)	4'025	3'570
Total Kosten (in Mio. CHF)	10'282	9'696

Bisherige Nachrüstungen F/A-18

	Jahr	Kosten in Mio.
Modifikation an Sidewinder-Raketen	1993	14
Ausrüstungsergänzung 1. Schritt (Freund-Feind-Erkennung etc.)	2001	220
Ausrüstungsergänzung 2. Schritt (Anpassung neue Lenkwaffe etc.)	2003	292
Kurzstrecken-Lenkwaaffe Sidewinder AIM-9x	2003	115
MIDS-Datalink Integration Florako	2004	268
F/A-18 Simulator	2006	69
Erhalt der Fähigkeiten des F/A-18	2008	404
Kauf Langstreckenraketen AMRAAM	2011	180
Total Nachrüstungen bis 2013		1'562

MILITÄRAUSGABEN

Alle müssen sparen, nur Ueli Maurer nicht

Weil Bundesrat und Parlament immer mehr Geld für die Armee ausgeben, muss andernorts gespart werden. Um den Gripen zu finanzieren, will der Bundesrat vor allem bei der AHV sparen. Von Seraina Patzen und Stefan Dietiker

Am 2. Februar 2012 schrieb der Bundesrat in einer Medienmitteilung, dass «hauptsächlich wegen den vom Parlament beschlossenen Mehrausgaben für die Armee» ein Sparprogramm nötig sei. Darum bereite der Bundesrat ein Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP) im Umfang von 800 Millionen Franken vor.

Am 25. April desselben Jahres entschied der Bundesrat, der Armee ab 2015 jährlich 4.7

Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen. Das Parlament hatte 2011 sogar 5 Milliarden Franken gefordert. Im Oktober 2012 veröffentlichte der Bundesrat die definitive Botschaft zum Sparprogramm. Das «Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm» hiess nun «Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAPG 2014)». Vorgesehen sind vor allem Kürzungen bei der AHV, bei der Bildung und beim öffentlichen Verkehr.

Bürgerliche SicherheitspolitikerInnen fordern blind mehr Geld

Den bürgerlichen Armeeköpfen passte es gar nicht in den Kram, dass der Bundesrat das Armeebudget nicht sofort auf 5 Milliarden

Franken erhöhen wollte. Darum reichte eine rechte Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats am 6. November eine Motion zur «Konsequenten Umsetzung des Bundesbeschlusses vom 29. September 2011 zum Armeebericht» ein und forderte jährlich 5 Milliarden Franken für die Armee. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, mit der Begründung, dass die Armee «mit einem Ausgabenplafond von 4.7 Milliarden Franken ab 2015 ihren Auftrag verfassungskonform erfüllen kann» – und mit dem Geld auch neue Kampfjets drin lägen.

Der Ständerat beharrte auf den 5 Milliarden Franken für die Armee, änderte die Motion aber so ab, dass das Budget erst ab 2016 erhöht werden würde. Nach über einem Jahr hin und

her zwischen den Kammern entschied der Bundesrat am 30. Oktober 2013 dem Ständerat zu folgen und den Armeeplafonds um weitere 300 Millionen auf 5 Milliarden Franken zu erhöhen.

Mehr Geld für die Armee wegen den neuen Kampfjets

Eines ist klar: Die Armee braucht das Geld vor allem für den Gripen. Darum gilt es, alle Kräfte auf das Gripen-Referendum zu konzentrieren. Wenn die StimmbürgerInnen 2014 den Kauf der Jets ablehnen, kann man die Budgeterhöhung um 300 Millionen Franken nicht mehr rechtfertigen. So hätten wir auf einen Schlag den Gripen verhindert und das Armeebudget gekürzt.

LUFTPOLIZEI

Wie viele Jets wir wirklich brauchen

Wenn die Schweiz den Gripen kaufen würde, hätten wir in Zukunft 54 statt 32 Kampffjets. Die Befürworter neuer Kampfflugzeuge behaupten, dass das nötig sei, um den Luftpolizeidienst zu gewährleisten. Warum das Humbug ist.

Von Andreas Weibel

Es mag für einige LeserInnen überraschend sein, dass sich die GSoA nicht generell gegen Kampfflugzeuge ausspricht. Der Grund dafür ist, dass es tatsächlich Aufgaben gibt, die den Einsatz von Düsenjets erfordern. Genauso wie in gewissen Situationen eine Autobahnpolizei nötig ist, lässt sich auch der Flugverkehr nicht ohne Interventionsmöglichkeit regeln.

Immer wieder kommt es vor, dass HobbyilotInnen die Orientierung verlieren, jemand die Regeln des Flugverkehrs missachtet oder in einem Flugzeug das Funkgerät ausfällt. Eine rasche Intervention der Luftpolizei ist unerlässlich, wenn beispielsweise ein Amateurpilot versehentlich mit ausgeschaltetem Funk auf die Anflugschneise eines internationalen Flughafens zusteuert. Solche Situationen kommen hierzulande etwa einmal pro Monat vor.

Dass die an sich zivile Aufgabe der Luftpolizei bei der Armee angesiedelt ist, wäre nicht nötig. Eine zivile Behörde könnte genauso gut die Sicherheit des Luftverkehrs gewährleisten.

12 Jets würden reichen

Wie viele Jets braucht es nun aber, um in der Schweiz den Luftpolizeidienst zu organisieren? Ein Blick über die Landesgrenzen fördert Erstaunliches zutage. In Deutschland sind es

gerade einmal vier Flugzeuge, welche für die Sicherheit des Luftverkehrs sorgen: Je zwei Jets stehen im niedersächsischen Wittmund und im bayrischen Neuburg am Boden bereit, falls die Flugsicherung bei einer Notlage ein Eingreifen anordnet. Diese sogenannten Alarmrotten werden etwa dreissig Mal pro Jahr zu Hilfe gerufen.

Geht man davon aus, dass die Schweiz sich wegen ihrer Topographie ebenfalls zwei Alarmrotten leistet und rechnet man noch zusätzliche Flugzeuge für Ausbildung und Wartung hinzu, kommt man auf rund 12 benötigte Flugzeuge. Österreich leistet sich 15 Kampffjets für diese Aufgaben. Die Schweiz braucht also weder 54 Kampffjets (wenn der Gripen gekauft wird) noch 32 Kampffjets (ohne Gripen), sondern nur 12.

Der Durchhaltefähigkeits-Schwindel

Gripen-Anhänger rechtfertigen die Beschaffung damit, dass es dereinst eventuell Szenarien geben könnte, in denen es nicht mehr reiche, wenn sich die Abfangjäger der Luftpolizei am Boden bereithielten. Wenn ein Terrorangriff mit einem Flugzeug drohe, müssten konstant mindestens vier Kampfflugzeuge in der Luft kreisen, um eine Chance zu haben, den Anschlag zu verhindern.

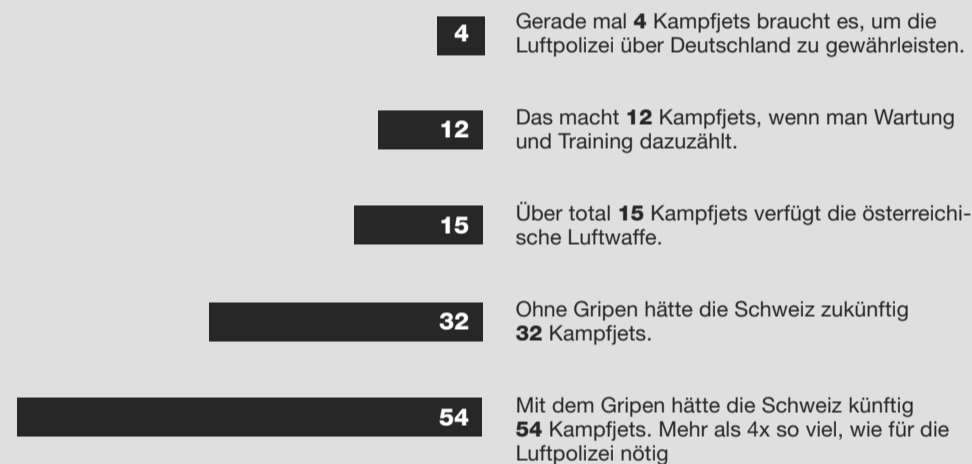
Das VBS verwendet das Wort Durchhaltefähigkeit, um zu beschreiben, wie lange ein solcher Einsatz möglich wäre. In der Modellrechnung des VBS könnte die Luftwaffe in einer solchen Situation nur zwei Wochen dauernd in der Luft sein, wenn wir den Gripen nicht kaufen. Danach müssten alle Flugzeuge gewartet werden. Wenn die Luftwaffe zusätzlich 22 Gripen-Jets

hätte, würde sich dieser Zeitraum gemäss den Modellrechnungen auf vier Wochen verlängern. Diese Szenarien und Modellrechnungen basieren jedoch auf unrealistischen Annahmen. Eine Annahme ist, dass die Wartung weiterhin nur während der normalen Bürozeiten geleistet würde – obwohl es kaum vorstellbar ist, dass in einer solch Notlage nicht auf Schichtbetrieb umgestellt würde und die Flugzeuge damit viel rascher wieder Dienst leisten könnten. Zusätzlich gehen diese Szenarien davon aus, dass die Schweiz in der Abwehr eines solchen Terrorangriffs völlig auf sich allein gestellt

wäre. Auch das ist kaum vorstellbar, denn die Schweiz hat mit allen Nachbarn für solche Fälle Kooperationsabkommen geschlossen. Geht man von realistischeren Annahmen aus, kommt man zum Schluss, dass auch in solchen Situationen die Luftwaffe mit den F/A-18 über mehr als genügend Jets verfügt.

Man darf gespannt sein, ob die Schweizer SteuerzahlerInnen gewillt sein werden, Kosten in der Höhe von etwa neun Milliarden Franken auf sich zu nehmen, wenn der zusätzliche Nutzen von noch mehr Kampffjets für die Sicherheit der Schweiz gänzlich unklar bleibt.

Zahlen der Luftpolizei



SCHWEDEN

Der Neutralitäts-Schwindel

Wenn es um den Gripen geht, fällt oft der Begriff der Neutralität. Mit diesem Schlagwort verknüpfen die Befürworter der Kampffjetbeschaffung drei unwahre Behauptungen. Von Beni Müller

Mit drei Begriffen versucht das VBS dem Gripen einen Neutralitäts-Lack zu verpassen, um ihn gegen politische Angriffe immun zu machen:

- «Bewaffnete Neutralität»: Die Schweiz brauche eine kräftige Luftwaffe um die Neutralität und Sicherheit bewahren zu können.
- «Neutraler Partner»: Schweden als neutraler Staat sei der ideale Partner für eine langfristige militärische Zusammenarbeit.
- «Neutraler Jet»: Der Gripen sei das ideale Kampfflugzeug für die Schweiz, weil das Gripen-Projekt aufgrund der schwedischen Herkunft neutral und unabhängig sei.

Argument Nummer eins ist schnell widerlegt. Für den Luftpolizeidienst reichen die vorhandenen F/A-18 Kampffjets aus (siehe Artikel oben), damit ist die bewaffnete Neutralität gewähr-

leistet. In diesem Artikel soll der Fokus auf den Behauptungen zwei und drei liegen, denn diese werden in den Medien erstaunlich oft wiederholt - obwohl sie beide faktisch falsch sind.

Schweden ist kein neutraler Staat

Schweden ist schlicht kein neutraler Staat mehr. Wer Gegenteiliges behauptet, blendet die schwedische Geschichte der letzten zwanzig Jahre aus. Fakt ist: Seit 1992 ist Schweden Mitglied im Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden», seit 1995 Mitglied der EU. Im Frühling 2002 beschloss die schwedische Regierung, militärische Bündnisse und Verteidigungspakte mit seinen Nachbarn und anderen Mitgliedern der Europäischen Union einzugehen. Schweden gab also 2002 seine Neutralität offiziell auf. In jüngster Zeit unterstützte Schweden die Nato-Streitkräfte mit zehn Gripen-Jets bei der militärischen Intervention in Libyen. Unter diesen Umständen Schweden als neutralen Staat zu bezeichnen, bedingt so einiges an Phantasie. Ähnlich sieht das auch der

schwedische General Göranson, der in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ 07/2012) klarstellte, dass Neutralität und EU-Mitgliedschaft unvereinbar seien. Hinzu kommt, dass Schweden mit seiner North European Aerospace Testrange (NEAT) verschiedenen Staaten und Bündnissen ein Testgelände zur Verfügung stellt, in dem Kriegssysteme trainiert und getestet werden, die unter anderem in den Kriegen im Irak, Balkan, Afghanistan, Kaschmir und Libyen eingesetzt wurden. Dabei verletzt Schweden regelmässig die Uno-Deklaration der Rechte indigener Völker, weil sich das Testgelände auf dem Gebiet der Saami befindet.

Der Gripen ist kein schwedischer Jet

Bleibt Behauptung Nummer drei: Gripen als schwedischer Jet. Auch das ist faktisch falsch. Wie die schwedische Friedensorganisation SPAS aufzeigt, waren bei früheren Modellen des Gripen nur gerade mal ein Drittel der Einzelteile schwedischer Herkunft. Beim Gripen E (das Modell, das die Schweiz kaufen will) wird

dieser Anteil noch kleiner sein. Ein kurze Liste von wichtigen Komponenten macht dies deutlich: Das Triebwerk stammt von General Electric (USA), das IRST (Infrared Search and Track, ein Teil der Sensorensysteme) sowie das Radarsystem ES-05 Raven stammen von Selex (GB) und das integrierte Zielsystem stammt von BAE (GB). Das letztgenannte Unternehmen war im Zusammenhang mit Gripen-Verkäufen gemeinsam mit Saab in diverse Korruptionsskandale verwickelt (siehe Seite 5). Insgesamt stammen die Einzelteile des Gripen aus über zehn verschiedenen Ländern, keines davon neutral, die meisten aber Nato-Staaten. Das Gripen-Projekt also neutral zu bezeichnen ist daher genau so falsch wie Schweden als neutralen Staat zu bezeichnen. Es ist zu hoffen, dass sich in der Abstimmungsdebatte um den Gripen auch die BefürworterInnen an diese Fakten halten werden.

GEGENGESCHÄFTE

Vetterliwirtschaft in der Rüstungsindustrie

Swiss Industrial Participation (SIP) nennt sich das Programm, das Saab verpflichtet, Geschäfte mit Schweizer Firmen in der Höhe des Vertragswertes des Gripenkaufs abzuschliessen. Die Rüstungsindustrie ist die einzige Branche, in der solche Gegengeschäfte noch an der Tagesordnung sind. Von Seraina Patzen

Das Prinzip von Gegengeschäften funktioniert folgendermassen: Dafür dass die Schweiz ein bestimmtes Produkt kauft, verpflichtet sich die Herstellerfirma Schweizer Unternehmen an der Herstellung dieses Produktes zu beteiligen und darüber hinaus Produkte via Schweizer Firmen einzukaufen. Es werden also Aufträge gegen Aufträge vergeben. Oder im Fall des Gripenkaufs: Dafür, dass der Schweizer Staat für 3,1 Milliarden Franken Gripen-Kampfjets kauft, erhält die Schweizer Rüstungsindustrie Aufträge im Umfang von 2,5 Milliarden Franken

In anderen Bereichen wird solche Begünstigung als Korruption eingestuft. Im Rüstungsbereich gehören sie nach wie vor zum Geschäftsmodell und wird als Argument für die Beschaffung des Gripen ausgeschlachtet.

PR-Strategien

Die grössten Werbebemühungen von Saab liegen denn auch darin, seine Anstrengungen um den Abschluss von Gegengeschäften ins öffentliche Licht zu rücken. Unterstützt wird der Gripen-Hersteller dabei vom neu eingerichteten Offset-Büro in Bern. Dieses ist der armasuisse angegliedert und einzig und allein dafür zuständig, den Abschluss von Gegengeschäften in die Wege zu leiten und gleichzeitig Vertragsabschlüsse als Gegengeschäfte zu bewilligen.

Die Werbestrategien von Saab und armasuisse scheinen aufzugehen: Zeitungen und Fernsehen berichten regelmässig über abgeschlossene Gegengeschäfte und Vermittlungsveranstaltungen

von Saab für die Industrie. Denn wie dem «Fact-Sheet Offset Gripen» des VBS bis vor kurzem zu entnehmen war, bilden die «laufenden und insbesondere [auch] kommenden Beteiligungsgeschäfte» ein zentrales Element «in der medialen und letztlich auch politischen Meinungsbildung» zur Gripen-Beschaffung. Nach einem Artikel im Blick über die PR-Strategie des VBS wurde dieser Abschnitt aus dem Fact-Sheet gelöscht.

Die StimmbürgerInnen sollen also mit lukrativen Aufträgen für die Rüstungsindustrie vom Gripen-Kauf überzeugt werden – Aufträge, die letztlich die SteuerzahlerInnen finanzieren. Über Sinn und Unsinn der Beschaffung muss so gar nicht diskutiert werden.

Studie der EFK

Im Jahr 2008 veröffentlichte die eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) eine Studie über die Beschäftigungswirksamkeit von Gegengeschäften

bei Rüstungsgeschäften. Die Studie kam zum Ergebnis, dass nur gerade 40 Prozent der Kaufsumme zurück in die Schweizer Industrie fliesst. Dies vor allem deshalb, weil viele Geschäfte, die von der armasuisse als Gegengeschäfte anerkannt werden, sowieso getätigt würden und demnach keine zusätzliche Beschäftigung bringen. Zudem zeigte die Studie, dass vor allem grosse Rüstungsunternehmen, insbesondere die Ruag, von den Gegengeschäften profitierten. Für die Mehrheit der Unternehmen spielten die Gegengeschäfte keine Rolle.

Die Finanzkontrolle kam vor sechs Jahren zum Schluss, dass die Kompensationsgeschäfte «ein notwendiges Übel» seien und eine «wenig zukunftsorientierte Option» für die Schweizer Wirtschaft. Heute sind wir in der Praxis aber noch keinen Schritt weiter gekommen und die Gegengeschäfte mit Saab tauchen trotz dieser Fakten als wichtiges Argument in der Gripen-Debatte auf.

BESTECHUNGSGELDER

Korruption und Kampfjetbeschaffungen

Rüstungsbeschaffungen haben nicht nur Folgen für die Finanzen der kaufenden Staaten, sondern auch für deren demokratische Kultur. Dies zeigt sich insbesondere, wenn man frühere Beschaffungen von Gripen-Flugzeugen in anderen Ländern anschaut. Von Adi Feller

Bereits das Vorgängermodell des erst auf dem Papier existierenden Gripen-Kampfflugzeuges, das Ueli Maurer gerne kaufen möchte, musste mit dubiosen Verkaufspraktiken unterstützt werden. Verkäufe oder Leasing-Verträge für den Gripen C/D wurden mit Tschechien, Ungarn, Südafrika sowie Thailand abgeschlossen. Die internationale Vermarktung übernahm ein Joint Venture von Saab AB und British Aerospace (BAE), einer der weltgrössten Rüstungskonzerne. Schon früh kam ein Korruptionsverdacht auf im Zusammenhang mit diesen Verkäufen – lange konnte er jedoch nicht beweisen werden.

Erst ein investigativer Bericht von drei Journalisten des schwedischen Fernsehens brachte 2007 die Gewissheit, dass Gripen International via Mittelsmänner Bestechungsgelder für das tschechische Leasing der Gripen-Kampfflugzeuge bezahlte. Vor versteckter Kamera plauderte der ehemalige Verteidigungsminister Tschechiens darüber, wie die Zahlungen gelaufen waren. Zwei weitere Sendungen derselben Reporter beleuchteten die Korruption bei den Verkäufen an Ungarn und an Südafrika.

Bestechung als Provision

Diese investigativen Berichte lösten zusammen mit anderen Verdachtsmomenten Verfahren der Strafverfolgungsbehörden in den betroffenen Ländern wie auch in der Schweiz, Grossbritannien und den USA aus. Die Untersuchungen in der Schweiz wurden von der Bundesanwaltschaft aufgenommen, weil Teile der Bestechungsgelder, als «Provisionen» ge-

tarnt, auch über eine in der Schweiz tätige Firma flossen, die 2012 aufgelöste Valruex International in Genf. Gegenüber den amerikanischen Behörden bekannte sich BAE schuldig des «conspiring to defraud the US by impairing and impeding its lawful functions, to make false statements about its Foreign Corrupt Practices Act compliance program, and to violate the Arms Export Control Act and International Traffic in Arms Regulations.» Dafür bezahlte die Firma in den Jahren 2010 und 2011 in den USA total 479 Millionen Dollar an Bussen. Besonders ausführlich ist auch der Ablauf der Korruption in Südafrika dokumentiert (vgl. die Buchrezension «Schwarzbuch Waffenhandel» in der GSoA-Zeitung 150). Neben führenden Politikern wurden auch der regierenden ANC nahestehende Organisationen mit Bestechungsgeldern dazu gebracht, sich für den Gripen-Kauf zu engagieren, obwohl sie sich noch wenige Tage vorher vehement ablehnend dazu geäussert hatten.



Ausschnitt aus der schwedischen Reportage «Gripen-Secret Agents»: Saab besticht tschechische Parlamentarier

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Gegengeschäfte und Korruption häufig Hand in Hand gehen. Erstere dienen als Deckmantel zur Verschleierung der «Provisionszahlungen». Sie müssen deshalb besonders genau unter die Lupe genommen werden (vgl. auch den Artikel oben).

MANGELHAFT

Gripen: Ein Messer, das nicht schneidet

Der Kauf neuer Kampfjets ist nicht nur unnötig und teuer. Mit dem Gripen hat das VBS auch einen untauglichen Flugzeugtyp ausgewählt, der weniger leistungsfähig ist als die heutigen Jets der Luftwaffe. Von Andreas Weibel

Gérald Levrat war bis Anfang 2013 Chefingenieur der Schweizer Luftwaffe und verantwortlich für die technische Erprobung der drei Flugzeugtypen, welche bei der Beschaffung zur Auswahl standen. Sein Urteil über den schwedischen Jet ist klar: Der Gripen ist ein Messer, das nicht schneidet.

Auch der Bericht von armasuisse, die beim Bund für die Evaluation zuständig ist, lässt keine Zweifel offen. «Die Leistung des Gripen wurde bei Luft-Luft-Einsätzen sowie Angriffs-

einsätzen als ungenügend beurteilt», heisst es dort. Auch für den Luftpolizeieinsatz erhielt der Gripen die Note «ungenügend». Der Bericht hält zudem fest, dass der Gripen sogar schlechtere Leistungen erbringt als die F/A-18, welche die Schweiz schon hat – ein Flugzeug, das mittlerweile seit zwei Jahrzehnten im Einsatz steht.

Lange Mängelliste

Selbst wenn Saab alle bisher noch nicht vorhandenen Komponenten dereinst erfolgreich entwickelt haben wird, hat der Gripen einige fundamentale Probleme. Dazu gehören unter anderem:

- Es gibt keine Zweisitzer-Version des Gripen. Solche Flugzeuge sind eigentlich für die Ausbildung sehr wichtig und die Ausschrei-

bung hätte eine solche Version vorgesehen. Saab hat es jedoch nicht geschafft, eine solche Variante zu vernünftigen Preisen zu entwickeln. Wie die Ausbildung der Piloten ohne Zweisitzer vorstättgehen soll, ist derzeit noch nicht geklärt.

- Die Reichweite des Gripen ist viel zu gering. Wenn der Jet beispielsweise von seiner Basis in Payerne zu einem Luftpolizeieinsatz nach Davos aufbricht, müsste er schon nach wenigen Minuten über den Bündner Bergen wieder umkehren, weil ihm der Sprit ausgeht. Eine längere Einsatzdauer liesse sich nur mit Zusatztanks bewerkstelligen. Das wiederum würde bedeuten, dass auf anderes Equipment verzichtet werden müsste.

- Im Gegensatz zu den anderen evaluierten Flugzeugtypen verfügt der Gripen nur über

ein Triebwerk anstatt zwei. Das macht den Jet nicht nur weniger leistungsfähig und weniger agil, sondern erhöht auch das Risiko von fatalen Unfällen.

VBS verbietet Kritik

Warum der Bundesrat dennoch auf den Gripen gesetzt hat, ist rätselhaft. Denn billig ist das Flugzeug von Saab nicht. Pro Stück kostet es rund die Hälfte mehr als eine F/A-18.

Gérald Levrat, der Chefingenieur, wurde diesen Januar freigestellt, nachdem er sich traute, an einer Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission offen über die Probleme des Gripen zu reden. Mit den Medien darf er nicht sprechen. Für die Abstimmung hat Ueli Maurer seinem Departement Gleichschaltung verordnet.

KRIEGSMATERIALVERORDNUNG

Keine Waffen an Despotenstaaten

Der Ständerat folgt seiner Kommission und stimmt einer massiven Aufweichung der Kriegsmaterial-Gesetzgebung zu. Die Versprechen des Bundesrates von 2009 werden gebrochen. Von Seraina Patzen

Im Vorfeld der Abstimmung über die «Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» im Jahr 2009, wurden die Bestimmungen massiv verschärft. Folge war eine Verordnung, die Waffenexporte in die ärmsten Länder dieser Welt und an Regimes, welche die Menschenrechte «systematisch und schwerwiegend» verletzen, verbot. Der Bundesrat erhoffte sich mit dieser Verschärfung die Annahme der GSoA-Initiative zu verhindern und beteuerte, die Neuerungen auch nach der Abstimmung beizubehalten. Die Rechnung ging auf: Die Initiative wurde an der Urne klar abgelehnt. Für die Verschärfung ist damals insbesondere Bundesrätin Doris Leuthard eingestanden, auch wenn sie es nachher mit der konsequenten Umsetzung nicht so genau nahm.

Wortbruch

Heute, knapp fünf Jahre später, spricht sich der Bundesrat - und damit auch Bundesrätin Doris Leuthard - für eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates aus, welche die Kriegsmaterialverordnung enorm lockern würde. Bei einer Annahme der Motion könnte wieder Kriegsmaterial an Länder wie Saudi-Arabien und Pakistan geliefert werden. Die Versprechen des Bundesrates im Vorfeld der Abstimmung von 2009 werden damit ohne Skrupel zurückgenommen.

All jene StimmbürgerInnen, die die Verschärfungen des Bundesrates als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative gesehen haben und die Initiative deshalb ablehnten, werden so hintergangen. Die Versprechen des Bundesrates gelten

offenbar nichts. Unter diesen Voraussetzungen müssen Gegenvorschläge aus Prinzip abgelehnt werden, da sie Gefahr laufen, nach einigen Jahren schon wieder rückgängig gemacht zu werden. Was zählt sind so also einzig gewonnene Abstimmungen. Für eine politische Kompromiss-Kultur, wie sie sich die Schweiz oft auf die Fahne schreibt, ist dies sicher nicht förderlich.

Protest gegen Lockerung

Nach dem Bundesrat hat auch der Ständerat der Motion zugestimmt. Nun liegt alle Hoffnung im Nationalrat. Dieser wird die Motion in der Wintersession behandeln. Der grosse öffentliche Aufschrei gegen die Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung blieb bisher aus. Es gab einzelne gute Kommentare in Zeitungen und kritische Berichterstattungen. Dafür aber, dass der Regierung unseres Landes eine starke Rüstungsindustrie und die Gewinne der Waffenproduzenten offenbar wichtiger sind als Menschenleben, ist das nicht besonders viel. Um dem Entscheid des Ständerates etwas entgegenzuhalten und im Hinblick auf die Diskussion im Nationalrat den Protest anzukurbeln, hat die GSoA eine Online-Petition lanciert. Zudem werden wir anlässlich der Diskussion im Nationalrat eine Aktion durchführen.

Dass lauter Protest gegen Kriegsmaterial-Exporte wichtig ist und etwas bewirken kann, beweist ein Interview mit Pilatus-Chef Oscar Schwenk in der Aargauer Zeitung. Er meinte: «Sickert durch, dass ich einen Exportlizenz-Antrag stelle, gibt es bereits im Vorfeld der Erteilung mit schöner Regelmässigkeit einen Riesenaufrast, von der GSoA und anderen politischen Gruppierungen, die das Heu nicht auf der gleichen Bühne haben wie wir. Das ist deren gutes Recht und urdemokratisch. Nur zieht man dabei ein Land durch den Dreck. Dessen Botschafter oder der Militärattaché



Bahrain 2011: Die Demokratiebewegung erhebt ihre Stimme.
Das saudische Regime walzt sie mit Panzern aus der Schweiz nieder.
Onlinepetition **Keine Waffen für Despotenstaaten!**
www.gsoa.ch/petition-despotenstaaten

meldet dies zu Hause.» Der Journalist will dann wissen, ob Pilatus deswegen Aufträge verliere und Oscar Schwenk bestätigt dies. Der GSoA ist es damit zumindest in einem bewiesenen Fall gelungen, Kriegsmaterial-Exporte an ein Regime zu verhindern, das schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Hoffen wir, dass unser Protest gegen die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung genauso wirksam ist!

Unterschreibe jetzt die Petition gegen die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung unter:
www.gsoa.ch/petition-despotenstaaten

ARMEEEINSÄTZE IM INNERN

Massiver Ausbau der Militärpolizei

Mit der Gesetzesvorlage zur Weiterentwicklung der Armee hat Bundesrat Ueli Maurer eine Neuausrichtung vorgenommen. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern sucht er den Feind nicht mehr im Ausland, sondern bereitet sich auf den Feind im Innern vor. Von Stefan Dietiker

Die Armee ist schon lange auf Sinnsuche und kein Jahr vergeht, in dem der Chef der Armee nicht einen neuen Sicherheitsbericht, einen neuen Armeebericht oder eine neue Bedrohungskarte vorstellt. Bei der neuen Reform soll die Armee - ganz im Sinne ihrer Führung - nun darauf ausgerichtet werden, im Inland für Ordnung zu sorgen.

Verdoppelung der Militärpolizeibataillone

Im Januar dieses Jahres sorgte ein Bild der Armee im «Schweizer Soldat» für Schlagzeilen. Es zeigt eine Übung des Militärpolizeibataillons 1 in Biberist. Zusammen mit einer kantonalen Polizei-Sondereinheit übte man einen Einsatz gegen Demonstranten mit einem Anti-Wef-

Transparent. Im dazugehörigen Artikel wurde das Ausgangsszenario beschrieben: Die Bundesversammlung hat den Verband zum Ordnungseinsatz nach Artikel 173 in den Aktivdienst versetzt, um eine Konferenz vor Demonstranten zu schützen. Die Reaktionen nach der Veröffentlichung der geheimen Übung zeigen, dass die Armee damit ein heikles Feld betreten hat. Nur zwei Monate zuvor gedachten über tausend Menschen in Genf des Massakers von 1932, bei dem die Armee Arbeiter und Antifaschisten niedergeschossen hatte.

Allen Einwänden zum Trotz wollen das VBS und die Armeeführung die Militärpolizeibataillone von zwei auf vier verdoppeln. Wieso bei einer Halbierung der Armeebestände gerade die Anzahl Militärpolizeibataillone verdoppelt werden soll, ist mehr als fragwürdig.

Vermeehrt Einsätze im Innern

Seit Jahren werden die Kantone durch Steuererleichterungen und den Steuerwettbewerb kaputt gespart. Gleichzeitig leisten wir uns eine überdimensionierte und unnütze Armee. Die

Ausrichtung der Armee gegen innen hat aus Sicht ihrer Befürworter zwei Vorteile. Erstens gibt es kaum Opposition, wenn die Armee endlich einmal etwas Gescheites macht, wie beispielsweise Brücken an einem Open Air aufzustellen. Zweitens passt es in Blattmanns und Maurers Konzept der «Visibilitäts-Offensive», dass die Armee im Alltag wieder sichtbarer wird.

So einfach wie sich die Armeepaner in Bundesbern diese PR-Strategie vorgestellt haben, ist es dann aber doch nicht. So sorgte eine Übung der Militärpolizei vom 11. Oktober in Baselland wochenlang für Schlagzeilen. Die Kritik am Einsatz des Militärs im Landesinneren kam nicht nur von der Juso, die sich plötzlich in eine Militärdiktatur versetzt fühlte, sondern auch von rechter Seite. Diese sieht die Armee zu einem Hilfsdienst für jedermann degradiert.

Keine ausserordentlichen Lagen mehr

Heute schreibt die Bundesverfassung in Artikel 58 Absatz 2 vor, dass die Armee die zivilen Behörden nur dann unterstützt, wenn die Bedro-

hungen «schwerwiegender» oder «ausserordentlicher» Natur sind. Dieser Grundsatz, der auch im Militärgesetz verankert ist, soll nun aufgeweicht werden. So enthält der Entwurf des neuen Militärgesetzes unter Artikel 1 einen neuen Absatz 2, der einen ganzen Katalog von möglichen Einsätzen der Armee im Innern vorsieht. So zum Beispiel zum «Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen», bei «der Erfüllung anderer Aufgaben von nationaler Bedeutung», bei der «Bewältigung von Spitzenbelastungen und bei fehlenden Fähigkeiten» oder zur «Hilfeleistung bei zivilen oder ausserdienstlichen Tätigkeiten im Inland». Mit diesem neuen Gesetz will der Bundesrat nicht nur die sinnlosen Armeeeinsätze am WEF legitimieren, sondern die Einsätze im Innern über die verfassungsmässig vorgesehen Fälle hinaus ausdehnen.

MIGRATION

Was die Schweiz mit Lampedusa zu tun hat

Anfang Oktober kenterte erneut ein Boot mit Flüchtlingen vor der Mittelmeer-Insel Lampedusa. Über 300 Menschen verloren ihr Leben. Bundespräsident Maurer sandte ein Beileidsschreiben nach Italien. Die diplomatische Pflicht ist damit erfüllt – dies genügt aber nicht. Die Schweiz trägt an den Ursachen von Flüchtlingskatastrophen nämlich ihre Mitverantwortung.

Von Martin Parpan

Dass die 300 Toten europaweit für Aufsehen sorgten, hat vor allem damit zu tun, dass das Boot relativ nahe an der Küste gesunken ist. Der Tod wurde somit sichtbarer. Traurige Tatsache ist jedoch, dass im Mittelmeerraum seit Jahrzehnten Flüchtlinge ums Leben kommen. In den letzten 25 Jahren sind mehr als 20'000 Menschen, oft Kriegsflüchtlinge, auf ihrer Reise der Hoffnung in den Fluten ertrunken. In der Schweiz sorgten diese Tragödien kaum für länger anhaltende Debatten. Vor allem bürgerliche PolitikerInnen vertreten die Ansicht, dass die Problemlösung bei den Herkunftsländern liege oder dass ganz einfach den Schleppern das Handwerk gelegt werden müsse. Die Schweiz stellt sich gerne auf die Zuschauertribüne und begnügt sich mit diplomatischen Noten.

Waffenexporte führen zur Flucht

Menschen werden nicht deshalb zu Flüchtlingen, weil sie «Reiselust» verspüren, sondern weil sie sich in einer akuten Notsituation befinden. Diese Notsituation hat verschiedene Ursachen: Hunger, kriegsrische Konflikte, Korruption, keine wirtschaftlichen Aussichten

oder autoritäre Regimes führen zu Perspektivlosigkeit und drängen die Menschen zur Flucht. Anstatt diesen Tatsachen in einem humanitären Sinne zu begegnen und die Flüchtlinge als Bedrohte zu behandeln, werden Flüchtlinge in Europa und in der Schweiz zur Bedrohung für unseren Wohlstand degradiert. Die daraus resultierende Politik heisst Abschottung und Rückführung.

Weitgehend unbeachtet in der Diskussion bleibt die Frage, was die Schweiz zu den Ursachen für die Flucht dieser Menschen beiträgt. Wer nach Antworten sucht, kommt nicht darum herum anzuerkennen, dass die Schweiz mit Waffengeschäften ihren traurigen Teil dazu beiträgt, dass Menschen in die Flucht getrieben werden. Wenn Regierungen Geld ausgeben für Waffen, dann bedeutet das immer auch, dass dieses Geld an Orten fehlt, wo es weit sinnvoller eingesetzt werden könnte. Es fehlt Geld für Bildung, für den Aufbau von Infrastruktur, im Gesundheitswesen oder für die Förderung von gesunden Wirtschaftsstrukturen. Dies sind genau jene Elemente, die einer Gesellschaft Sicherheit und Perspektiven geben.

Die Rolle der Schweiz

Die Schweiz hat allein letztes Jahr Kriegsmaterial für über 700 Millionen Franken in 68 Länder verkauft. Die jüngste Geschichte hat uns gelehrt, dass diese Waffen keineswegs nur in diesen 68 Ländern bleiben werden, sondern dass deren Verwendung absolut unkontrollierbar ist und bleibt. In der Exportstatistik ist beispielsweise nicht ersichtlich, dass Schweizer Handgranaten an Syrien geliefert wurden.

Trotzdem wurde im vergangenen Jahr bekannt, dass kistenweise Handgranaten des Bundesbetriebes Ruag im syrischen Bürgerkrieg eingesetzt wurden. Waffen, die über Umwege nach Syrien gelangten. Waffen, welche dazu beitragen, dass Menschen in die Flucht getrieben werden. Mehr als zwei Millionen Menschen haben Syrien in der Zwischenzeit verlassen.

Besonders irritierend ist zudem, dass die Schweiz mit der Änderung des Asylgesetzes entschieden hat, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr sein kann. Diese Änderung richtete

sich explizit gegen junge Männer aus Eritrea, welche jeweils einen namhaften Teil der eingereichten Asylgesuche ausmachen. Wer in Eritrea den Wehrdienst verweigert, riskiert Folter, Gefängnis und in vielen Fällen sein Leben. Trotz der schlechten Aussichten Asyl zu erhalten, steigen diese Menschen nach wie vor in seeuntaugliche Boote mit dem Ziel Europa. Oft werden sie kurze Zeit später als Leichen an den Küsten angespült. Je länger die Schweiz wegschaut, Abschottungspolitik betreibt und Waffenexporte zulässt, desto mehr Schuld nimmt sie auf sich.



Vor wenigen Monaten sagten die SchweizerInnen Ja zur Verschärfung des Asylgesetzes: Das Nein-Komitee verwies auch auf die Tragödien im Mittelmeer

Inserat

CAS «Die Kunst der Konfliktbearbeitung / Mediation»

Ab Januar 2014 führt das Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung (ICP) in Zusammenarbeit mit dem Advanced Study Centre der Universität Basel den CAS Studiengang «Die Kunst der Konfliktbearbeitung» zum siebten Mal durch. Der Studiengang berechtigt zum Erwerb des Titels «MediatorIn SDM». Seit Juni 2013 ist das ICP Eduqua-zertifiziert.

In diesem Kurs erlernen die Teilnehmenden das integrative Mediationsmodell als Form der Konfliktbearbeitung. Der CAS Studiengang befähigt die Teilnehmenden, komplexe Konfliktkonstellationen zu analysieren sowie Optionen für eine kreative und konstruktive Bearbeitung von Konflikten zu entwickeln.

Weitere Informationen und Anmeldung:
<http://www.iicp.ch/drupal/cas>

KORRUPTION IN INDIEN

Immer wieder Rheinmetall

Schmiergelder zahlen, damit ein Lieferverbot aufgehoben wird, das wegen Schmiergeldzahlungen ausgesprochen wurde: So dreist verhalten sich Schweizer Rüstungsfirmen in Indien. Von Felix Birchler

Im Jahr 2009 wollte Rheinmetall Air Defence für 2,5 Milliarden Dollar Luftabwehrgeschütze nach Indien verkaufen. Ein Grossauftrag für die Schweizer Tochter des deutschen Rüstungskonzerns, die bereits unter ihren alten Namen «Oerlikon Contraves» und «Oerlikon Bührle» schon für so manchen handfesten Skandal gesorgt hatte. Wie immer bei solch grossen Rüstungsdeals lag der Verdacht der Korruption auf der Hand. Die indischen Behörden ermittelten und deckten tatsächlich kurz darauf auf, dass Rheinmetall im April 2009 rund 26'000 Euro an den Generaldirektor der indischen Rüstungsbehörde überwiesen hat. Rheinmetall bestreitet bis heute, dass illegale Zahlungen vorgenommen worden seien.

Angst vor der schwarzen Liste

Einen guten Ruf hatte Rheinmetall sowieso nie zu verlieren. Der Korruptionsvorwurf allein hätte das Unternehmen also nicht allzu sehr

aus der Fassung gebracht. Es drohte jedoch geschäftliches Ungemach. Rheinmetall sollte für zehn Jahre auf die schwarze Liste des indischen Verteidigungsministeriums kommen. Dies wäre gleichbedeutend mit einem 10-jährigen Lieferverbot nach Indien. Doch ausgerechnet Indien ist einer der am stärksten wachsenden Märkte für Kriegsmaterial-Exporte. Der Platz auf der schwarzen Liste wäre für Rheinmetall also nicht nur peinlich gewesen, nein, er hätte auch die Absatzmöglichkeiten des Unternehmens erheblich eingeschränkt. Das konnte man sich natürlich nicht bieten lassen und deshalb griff man offensichtlich erneut zum guten alten Mittel der Schmiergeldzahlungen.

Kontakt zum Lord of War

Wie das deutsche Nachrichtenmagazin «Spiegel» berichtet, nahm Rheinmetall die Dienste des indischen Rüstungslobbyisten Abhishek Verma in Anspruch, der seinen Übernamen «Lord of War» sicher nicht zufällig trägt. Diesem wurden satte 530'000 Dollar überwiesen, die er einsetzen sollte, um Rheinmetall von der schwarzen Liste streichen zu lassen. Doch es ging wieder schief und auch die Korruptionsversuche von Verma zugunsten von Rheinmetall

flogen auf. Rheinmetall droht nun in Indien wegen Korruption verurteilt zu werden. Der Platz auf der schwarzen Liste ist dann sicher und weitere Exporte nach Indien sind für die nächsten Jahre verbaut.

Ach ja: Rheinmetall behauptet, dass das Unternehmen niemals zu illegalen Mitteln gegriffen habe, um sich gegen die Versetzung auf die schwarze Liste zu wehren. Man bestreitet die Zahlungen an den Lord of War nicht. Gegenüber dem «Spiegel» liess Rheinmetall jedoch verlauten, die 530'000 Dollar seine für «legitime Beratungsleistungen zu konkreten Projekten» bezahlt worden.

SAN Swiss Arms

Wie die NZZ kürzlich berichtete, schlägt sich aktuell noch ein zweites Schweizer Rüstungsunternehmen mit Korruptionsvorwürfen der indischen Behörden herum. Die SAN Swiss Arms soll Bestechungsgelder in Höhe von 270'000 Dollar an indische Beamte bezahlt haben. Dies im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von Sturmgewehren. Sicher hat auch SAN Swiss Arms ein Konto, von dem sie diese «legitimen Beratungsleistungen zu konkreten Projekten» abbuchen kann.

Neu im GSoA-Seki Zürich: Meret Schneider **Aktiv werden in Deiner Region**

(np) Wir freuen uns, Meret Schneider in unseren Reihen begrüßen zu dürfen. Meret hat sich während der Wehrpflicht-Kampagne als Aktivistin der GSoA angeschlossen. Nun sind wir froh, dass wir sie im Sekretariat in Zürich mit an Bord haben und sie sich mit Überzeugung und Elan an die bevorstehenden Aufgaben macht.



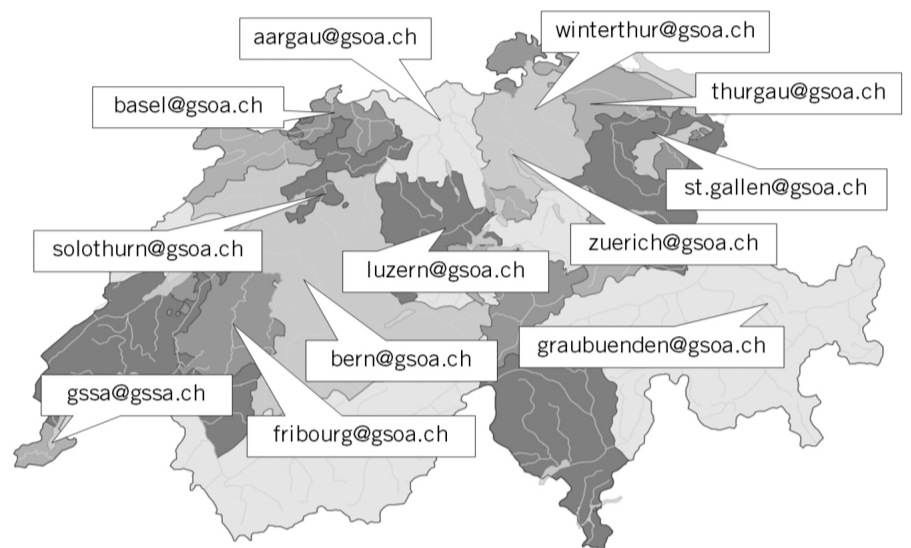
Die kommenden Wochen und Monate stehen ganz im Zeichen des Gripen-Referendums. Es gilt die organisatorischen Herausforderungen zu meistern, aber auch die Aktivitäten der vielen GSoA-AktivistInnen im ganzen Land anzustossen und zu koordinieren.

Als Präsidentin der Jungen Grünen Kanton Zürich und als aktives Parteimitglied der Grünen bringt Meret den Aktivismus und die politische Kreativität mit, die es für eine Graswurzelbewegung wie die GSoA braucht. Als Masterstudentin in Germanistik wird es ihr zudem keine Mühe bereiten, unsere Analysen und Forderungen aufs Papier zu bringen. Kurzum: Meret ist die ideale Neuanstellung für das GSoA-Sekretariat in Zürich.

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen.

Aktuell sind unsere Regionalgruppen regelmässig auf der Strasse und sammeln Unterschriften für das Kampfjet-Referendum. Die Teilnahme an einer Sammelaktion in Deiner Region, bietet den einfachsten Einstieg für ein Engagement bei der GSoA.

Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die Rüstungs- und Armeelobby wird Millionen in den Abstimmungskampf um den Gripen-Kampfjet investieren. Dem werden wir das grosse und kreative Engagement unserer Mitglieder und SympathisantInnen entgegenstellen.

Dennoch brauchen auch wir Geld für unseren Abstimmungskampf, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen zu erreichen und von einem Nein zum Gripen-Kauf zu überzeugen. **Herzlichen Dank!**

Neu im GSoA-Shop

Passend zur Winterzeit und ideal zum Unterschriftensammeln auch bei eisiger Kälte: Der neue GSoA-Pullover kann ab sofort für 35 Franken im Shop bestellt werden. Aufdruck: «If war is the answer, the question must be fucking stupid». Auch als T-Shirt erhältlich zum Preis von 28 Franken. Einfach mit dem Talon unten auf dieser Seite bestellen.



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Strasse/Nummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Tel. _____
 E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Unterschriftenbogen Kampfjet-Referendum			
<input type="checkbox"/>	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Diverse Kleber		kostenlos	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
 Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Daniela Fischer (df), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Meret Schneider (ms), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.